

Kosta, Jiří

Article

Grenzen und Chancen der Entscheidungspartizipation in sozialistischen Wirtschaftssystemen.

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Kosta, Jiří (1984) : Grenzen und Chancen der Entscheidungspartizipation in sozialistischen Wirtschaftssystemen., Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 10, Iss. 1, pp. 79-96

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332148>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grenzen und Chancen der Entscheidungspartizipation in sozialistischen Wirtschaftssystemen. Als Testbeispiel: China*

Jiří Kosta

In diesem Beitrag sollen zunächst vor dem Hintergrund der „realsozialistischen“ Erfahrungen die Grenzen der basisdemokratischen Partizipation an Entscheidungen in einem sozialistischen Wirtschaftssystem aufgezeigt werden. Die Darstellung stützt sich in erster Linie auf die chinesischen Entwicklungen. Das hieraus gezogene Fazit wird sodann aufgrund der Praxis der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung sowie der kurzlebigen Demokratisierungsansätze des Prager Frühlings von 1968 vergleichend überprüft. Abschließend werden die Grenzen der Entscheidungspartizipation sowie die Chancen für deren Verwirklichung thesenartig zusammengefaßt.

1. Die chinesischen Erfahrungen: eine historische Skizze

Zum Ende der 60er Jahre griff in weiten Kreisen der sozialistischen Bewegung in Ost und West die Enttäuschung über das „etatistische“ *sowjetische Modell* um sich, das anstelle eines „Vereins freier Menschen“¹ das Herrschaftsmonopol einer Funktionärbükratie in Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht hatte. Der um 1950 von der *jugoslawischen* Partei- und Staatsführung vorgenommene Versuch, ein partizipatives Gegenmodell zu entwickeln², war zwar von der westlichen Linken mit Beachtung registriert worden; aus verschiedenen Gründen – einerseits dem berechtigten Zweifel an der Vereinbarkeit

* Dieser Aufsatz ist eine gekürzte Fassung eines (auf eine Tagung zurückgehenden) Beitrags, der im Sammelband: „Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich“, hrsg. v. H. Diefenbacher und H. G. Nutzinger, Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg 1984, veröffentlicht wird.

des auf den Personenkult Titos gestützten Einparteiensystems mit einer authentischen Arbeiterselbstverwaltung, andererseits dem unter Sozialisten traditionell fortlebenden einseitigen Vorurteilen gegenüber Marktmechanismus jedweder Art – stand man jedoch vielfach dem Weg Jugoslawiens skeptisch gegenüber³.

Anders sah etwa eineinhalb Jahrzehnte später die Reaktion auf die kulturevolutionäre Entwicklung in *China* aus: viele Angehörige der sozialistischen Bewegung im Westen meinten, in der dortigen Kulturrevolution eine echte Alternative zum Staatssozialismus sowjetischen Typs zu finden: die Parteibürokratie sei in China – so glaubten jene – durch eine revolutionäre Basisbewegung entmachteter worden, der revisionistischen Politik, die auf Marktmechanismen und Leistungsanreizen basierte, hätten die „Massen“ einen vernichtenden Schlag versetzt, und in den Betrieben sowie den Kommunen wären mit den „spontan“ geschaffenen Revolutionskomitees nun genuine basisdemokratische Institutionen entstanden, die die Herrschaft von Parteibürokraten und Wirtschaftstechnokraten ersetzt hätten⁴. Um dies vorwegzunehmen: es soll gezeigt werden, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Im folgenden soll das Auf und Ab der in China von 1949 bis zur Kulturrevolution feststellbaren partizipatorischen Ansätze genauer untersucht werden⁵.

Die mit der Entstehung der Volksrepublik einsetzende *Periode der „Neuen Demokratie“* (1949–1952) knüpft an partizipative Elemente des „Langen Marsches“ (1935–1936) und des Befreiungskrieges gegen die Japaner bzw. die Kuomintang (1941–1943) an, als neben der Beteiligung der Bauern an lokalen Entscheidungen und der Funktionärskader an manueller Arbeit am Lande im urbanen Sektor „Arbeiterkongresse“, „Betriebsverwaltungscommittees“ sowie „Werkstätigendelegiertenkonferenzen“ als partizipative Organe errichtet worden waren.

Auch die Massenkampagnen der frühen 50er Jahre wurden von der Parteiführung als basisdemokratische Entscheidungsformen gedeutet. Zu diesen gehörte die von der Partei initiierte „Drei-Anti-Bewegung“ und die daran anschließende „Fünf-Anti-Bewegung“, die sich gegen Korruption, Verschwendung, Bürokratismus, Steuerhinterziehung und „Verrat von Wirtschaftsgeheimnissen“ wenden sollten. Insbesondere im Zusammenhang mit der zweiten Massenkampagne sind der frühmaoistischen Tradition der Kommunistischen Partei Chinas entsprechend Anzeichen „antibürgerlicher“ und intellektuellenfeindlicher Tendenzen zu finden, die in der sogenannten „Ausrichtungsbewegung“ Kadersäuberungen und Indoktrinierungsbemühungen enthalten; letztere Entwicklungen laufen freilich einer realen Partizipation zuwider. Das von 1953 gewachsene wirtschaftliche Mischsystem, das durch verschiedene Eigentumsformen (Staats-, Kooperativ-, Privateigentum sowie gemischte Eigentumsverfassungen) und ein Nebeneinander unterschiedlicher Lenkungsformen (Zentral- und Regionaladministration, Militärverwaltung und marktinduzierte Steuerung) zu kennzeichnen ist, schuf andererseits dennoch gewisse Entscheidungsspielräume, die ein rigider Planzentrismus nicht zuläßt.

Mit dem *Ersten Fünfjahrplan* (1953–1957) wurde in China das sowjetische Planungsmodell übernommen. Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn begründet werden sollte, warum sich die politische Führung des Landes ungeachtet der bisher in vielen Fragen unterschiedlichen Strategiekonzepte der KP Mao Zedongs einerseits und der Auffassungen Stalins andererseits (Bauernfrage, Basisnähe der Entscheidungen etc.) für das akkumulationsorientierte Industrialisierungskonzept und den administrativen Planzentrismus entschieden. Festzuhalten bleibt, daß ein derartiges Wirtschaftssystem, das etwa bis 1956 durchgehalten wurde, für eine Entscheidungsteilhabe der Betriebsangehörigen wenn überhaupt, so nur wenig Platz freiläßt.

Im Bereich der Arbeitskräftelenkung wurde sogar ein im Vergleich zum Realsozialismus Osteuropas rigideres Modell praktiziert, demzufolge eine individuelle Berufs- und Arbeitsplatzwahl nicht möglich war. Ein anderer abweichender Zug der damals in China praktizierten betrieblichen Entscheidungsformen bestand darin, daß dem Parteikomitee gegenüber dem Direktor eine größere Kompetenz zufiel, ein Umstand, der allerdings keineswegs basisdemokratischen Prinzipien näherkommt als die technokratische Einzelleitung sowjetischen Typs.

Im Jahre 1956, dem vierten Jahr des ersten Fünfjahresplanes, begann sich in der Parteiführung eine Kritik an der lückenlosen Übernahme des leninistisch-stalinistischen Modells abzuzeichnen. 1957 ist auch eine Tendenz zur Dezentralisierung der Planung und Leitung bemerkbar, wobei unter Berufung auf vorrevolutionäre Traditionen der KP partizipative Elemente entwickelt werden sollten wie etwa ein „System von Delegiertenversammlungen der Arbeiter und Angestellten“. Auch die einseitige Präferenzierung der Schwerindustrie sollte nunmehr zugunsten einer stärkeren Förderung der Landwirtschaft und der Konsumgüterproduktion aufgegeben werden. 1957 und 1958 entstand gleichzeitig das Konzept des *Großen Sprungs*, das derartige kritische Positionen gegenüber der Sowjetunion mit einer Reihe von neuen Elementen verband: einer unrealistischen Wachstumseuphorie, dem Glauben an die Allmacht der ideologischen Bewußtseinsbildung der Massen und nicht zuletzt einem utopischen Kommunekonzept, das in der Landwirtschaft den Übergang der Produktionsgenossenschaften zu kommunistisch-egalitären Produktions- und Verteilungsgemeinschaften gewährleisten sollte.

Ungeachtet der Dezentalisierungsansätze, die man 1957 zu verwirklichen bemüht war, blieben für eine reale Beteiligung der Massen an Entscheidungen wenig Chancen. Die anvisierte „simultane“ Entwicklung – „das Auf-zwei-Beinen-Gehen“ – ließ sich bei Aufrechterhaltung der hohen Akkumulationsrate nicht durchhalten; für die Konsumgüterproduktion verblieben kaum Mittel, die Kommunebauern zogen infolge der nicht funktionierenden Kollektivmotivationen nicht mit. Die Folge: ein rapides Sinken des Lebensstandards, das ein Interesse an Entscheidungsteilhabe lahmlegt. Schließlich brach auch die Schwerindustrie zusammen, besonders nachdem in den Volkskommunen ohne jedwede Sachkompetenz kleine Hochöfen, Zementwerke, Düngemittelbetriebe

u. ähnl. „Fabriken“ errichtet wurden. Die vielbeschworene Massenpartizipation degenerierte – so die heutige Einschätzung chinesischer Sozialwissenschaftler – zu einem bloßen Schlagwort.

Die folgende *Konsolidierungsphase* (1961–1965), in der die Pragmatiker um Liu Shaochi die ultralinken Maoisten in der Parteiführung ablösten, war von dem Bemühen geprägt, die notwendigen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus dem Scheitern des Großen Sprungs zu ziehen. Die Entwicklungsstrategie konzentrierte sich jetzt auf eine stärkere Förderung der Landwirtschaft, in der individuelle Anreize eine größere Rolle spielen sollten. Anvisiert wurde eine gleichgewichtige Entwicklung der Konsumgüter- und Produktionsgüterindustrien bei mäßigeren Wachstumsraten. Im Gegensatz zu den ideologisch begründeten Massenkampagnen wurde nunmehr Qualifikation und Expertentum betont. Anstelle der örtlichen Kleinbetriebe sollte von nun an der moderne Großbetrieb gefördert werden. Und nicht zuletzt: der Planzenralismus wurde rehabilitiert.

Aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials, das zum Teil aus der Periode der Kulturrevolution stammt, ist schwer auszumachen, ob der vorherrschende Technokratismus und die Wiederherstellung der zentralen Planung tatsächlich Mitbestimmungsansätze verhinderte. Es liegt die Vermutung nahe, daß in einer Atmosphäre des Aufschwungs und einer besseren Versorgung der Bevölkerung, durchwegs Fakten, die nach 1962 feststellbar sind, gewisse, wenngleich bescheidenere Partizipationsformen eher funktionieren konnten, als in einer Zeit, in der – wie etwa während des Großen Sprungs – diese positiven Rahmenbedingungen gefehlt hatten.

Zu Beginn der *Kulturrevolution* (1966–1976) wurden die altbekannten Parolen des Großen Sprungs – allerdings in sehr viel eindringlicher Diktion – wieder aufgegriffen. Die von den „Roten Garden“ getragenen „Massenauftritte“ setzten, geschürt von der ultralinken Fraktion der Maoisten, nicht nur einen expertenfeindlichen Akzent, sondern sie schlugen sehr früh in eine generell antiintellektuelle Kampagne um. Unterstützt von den Militärs unter Lin Biao wurden unter brutalen Begleiterscheinungen weite Kreise der geistig Schaffenden ausgeschaltet.

Auf dem Gebiet der Entwicklungsstrategie brachten die kulturrevolutionären Jahre (mit Ausnahme der auslandsfeindlichen, autarkieorientierten Außenhandelspolitik) keine entscheidende Wende: die Parole des „Auf-zwei-Beinen-Gehens“ behielt ihre Bedeutung und die daraus resultierende stärkere Förderung der Landwirtschaft im Vergleich zu den 50er Jahren wurde im großen und ganzen durchgehalten. In den 70er Jahren wurden darüberhinaus partielle Dezentralisierungselemente in das Planungssystem eingebaut. Die Gretchenfrage, die im Mittelpunkt unserer Betrachtung steht, lautet: inwieweit wurden die partizipativen Institutionen, die mit der Kulturrevolution postuliert und formal auch errichtet worden waren, ihrer behaupteten Aufgabe gerecht, nämlich die *Entscheidungsteilhabe* „der Massen“ zu verwirklichen?

Maos Konzept der Massenlinie ist einem „Sechzehn-Punkte-Programm“ einer Art „Magna Charta“ der Kulturrevolution, verankert, das am 12. 8. 1966 von der KP Chinas verabschiedet wurde. In diesem Dokument ist die Rede von neu geschaffenen betrieblichen „Kulturrevolutionsgruppen und KP-Komitees“ (die 1968 in „Revolutionskomitees“ umbenannt wurden), von einer neuen Form der Erziehung, die mit produktiver Arbeit zu verbinden sei; hier wird ferner auch unter der Parole „Rot anstatt sachkundig“ zu einer Säuberungsaktion aufgerufen, die gegen die Fraktion der Revisionisten um Liu Shao-chi ausgerichtet ist und zu deren vollständiger „Liquidierung“ führte. Die Forderung nach manueller Arbeit der führenden Kader wurde schließlich umfunktioniert in eine allgemeine „Verschickungsaktion“, derzufolge Millionen von Mittelschülern und Studenten sowie Tausende von Wissenschaftlern und Spezialisten in entfernten Regionen, getrennt von ihren Familien „umerzogen“ werden sollten.

Wenn nun, abgesehen von den intellektuellenfeindlichen Exzessen, beurteilt werden soll, ob zur gleichen Zeit die neu gegründeten „Selbstverwaltungsorgane“, die aus Arbeitern und Kommunebauern zusammengesetzt sein sollten, den Intentionen entsprechend funktionierten, dann ist eine fundierte Aussage äußerst schwierig. Über die Selbstdarstellung der damaligen Führung hinaus, die selbstverständlich mit positiven Wertungen nicht sparte, gibt es kaum empirische Felduntersuchungen vor Ort, auf die wir uns stützen können. Dennoch sind wichtige Anhaltspunkte vorhanden, die bei der gebotenen Vorsicht ein plausibles Fazit über die reale Partizipation und deren Wirksamkeit in der kulturrevolutionären Periode ermöglichen.

Zu diesen Punkten zählen:

- (1) Betriebsbesuche westlicher Forscher sowie Gespräche vor Ort während der Kulturrevolution;
- (2) die gegenwärtigen Ex-post-Darstellungen von Chinesen über die Periode der Kulturrevolution;
- (3) Produktionsresultate als Folge partizipativer Arbeitsmotivationen.

Zu Punkt (1): bekanntlich gelangte in der ersten Phase der Kulturrevolution (1966–1969) kaum ein Ausländer in einen chinesischen Betrieb. Erst zu Beginn der 70er Jahre gab es, wenngleich in beschränktem Ausmaß, eine derartige Möglichkeit. Nun trifft zu, daß viele Reiseberichte dieser Zeit sowie die entsprechenden Veröffentlichungen selbst prominenter westlicher Sozialwissenschaftler – man denke etwa an John Robinson⁶, Charles Bettelheim⁷ und John K. Galbraith⁸ – die Grundzüge der Kulturrevolution einschließlich der partizipativen Ansätze äußerst positiv würdigten. Die von H.-H. Höhmann, J. Meyer und mir gemachten Erfahrungen, die wir anlässlich einer Studienreise vom Frühling 1976 publiziert haben⁹, bestätigen jedoch keineswegs derartige Einschätzungen. Ungeachtet vieler positiver Eindrücke und Informationen begnügten wir uns nicht mit den in den Betrieben jeweils einleitend vorgetragenen Selbstdarstellungen der Funktionäre (aus bestimmten Passagen der Publikationen der oben genannten

Autoren geht hervor, daß sie genau diese Einführungsvorträge der Kader als bare Münze nahmen). Wir versuchten immer, das uns Vermittelte hartnäckig zu hinterfragen. Dies führte zu einer sehr viel differenzierteren Aussage über unsere Erkenntnisse, die ich anhand des folgenden ausführlichen Zitates verdeutlichen möchte¹⁰.

„Das führende Leitungsorgan im Betrieb ist das Parteikomitee. Es hat, wie immer betont wurde, über alle Grundsatzfragen von Planaufstellung und Planerfüllung – soweit diese in den Zuständigkeitsbereich des Betriebes fallen – zu entscheiden. Die wichtigsten Personalentscheidungen, wie die Genehmigung der Kandidaten für die Mitgliedschaft im Revolutionskomitee sowie die Ernennung der verschiedenen Abteilungsleiter im Betrieb unterliegen ebenfalls dem bestimmenden Einfluß des Parteikomitees. Das Parteikomitee kontrolliert die Arbeit des Revolutionskomitees und kann auch in Entscheidungen, die vom Revolutionskomitee oder anderen Organen getroffen werden, eingreifen. Bei allen wichtigen Führungs- und Entscheidungsproblemen hat – so die offizielle Interpretation – das Parteikomitee die Ansichten der Massen zu berücksichtigen.

Für die laufenden Entscheidungen in den Betrieben ist das Revolutionskomitee verantwortlich. In größeren Betrieben besteht das Revolutionskomitee im allgemeinen aus 15 bis 30 Personen. Alle Mitglieder der Revolutionskomitees sind Beschäftigte des betreffenden Betriebes. Die aus der Kulturrevolution resultierende Praxis, derzufolge Mitglieder der Volksbefreiungsarmee in den Revolutionskomitees vertreten waren, wird offenbar nicht mehr geübt ... Häufig gehören leitende Kader in Personalunion sowohl den Parteikomitees als auch den Revolutionskomitees als Mitglieder an. Die Verbindung des Revolutionskomitees mit der Belegschaft, in der Terminologie der Chinesen mit den „Massen“, soll nicht dadurch gewährleistet sein, daß die Mitglieder des Revolutionskomitees von der Belegschaft direkt gewählt werden; darüber hinaus soll das Revolutionskomitee permanent die Meinungen und Interessen der „Massen“ berücksichtigen und einer öffentlichen Kontrolle durch die „Massen“ unterliegen.

Die Frage, inwieweit die Realität dem Anspruch der sogenannten Massendemokratie entspricht, kann von den Berichterstattern nicht eindeutig beantwortet werden. Jedenfalls läßt die in mehreren Betrieben festgestellte Tatsache, daß es bereits einige Jahre keine Neuwahlen in die Revolutionskomitees gab, gewisse Zweifel zu. Auch zeigte sich in mehreren Betrieben eine Kontinuität der Besetzung leitender Positionen mit denselben Personen seit der Kulturrevolution (1966–1969) bis zur Gegenwart. In anderen Fällen sollen Betriebsdirektoren und andere leitende Kader aus der Zeit vor 1966, die im Verlauf der Kulturrevolution kritisiert und ihrer Funktionen enthoben wurden, jetzt wieder in den Revolutionskomitees der Betriebe tätig sein.“

Die hier festgehaltenen Erfahrungen unserer Besichtigungen und Diskussionen vom Jahre 1974 sprechen für sich selbst. Insbesondere die Information, es habe lange Jahre keine Neuwahlen gegeben und die Mitglieder der Revolutionskomitees seien entweder nicht ausgewech-

selt oder durch rehabilitierte Kader ersetzt worden, zeugen m. E. davon, daß diese sogenannten Selbstverwaltungsorgane in Wirklichkeit die Rolle des Managements übernahmen, wobei das Parteikomitee, wie dies in China auch früher der Fall war, wichtige Grundsatzentscheidungen vorwegnahm.

Ähnlich sahen die Verhältnisse in den Volkskommunen aus. Die sogenannten Revolutionskomitees auf Kommune-, Brigade und Produktionsgruppenebene ersetzten die früheren Verwaltungskomitees. Hier schien die personelle Zusammensetzung häufig sogar älter zu sein, als in den Industriebetrieben. Von einer Rotation der Kader konnte kaum die Rede sein. Dies hängt wohl auch damit zusammen, daß die Kadersäuberungen v. a. die Experten und Führungskader in den Städten und Kreisen trafen, während die Volkskommunen selbst von den kulturrevolutionären Aktionen weitgehend verschont geblieben waren.

Zu Punkt (2): seit 1978 kritisieren Publizisten in chinesischen Massenmedien und Sozialwissenschaftler in ihren Fachzeitschriften die ultralinke Strategie der Kulturrevolution unter dem Blickwinkel der damals viel beschworenen Demokratisierung¹¹.

Läßt man die legitimatorische Phraseologie, die auch heute noch üblich ist, beiseite, dann lassen sich die Einwände gegenüber dem realitär antidemokratischen Charakter der kultur-revolutionären Politik auf die folgenden Punkte reduzieren:

- unter der Parole des sich verstärkenden Klassenkampfes und der „allseitigen Diktatur“ ist das Rechtssystem außer Kraft gesetzt worden. Damit in Zusammenhang wurden falsche Beschuldigungen „gegen viele Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Kader“ erhoben, die zu deren brutaler Verfolgung und schließlich völligen Ausschaltung geführt hatte;
- bei Ignorierung des „niedrigen Standes der Produktivkräfte“ propagierten die Ultralinken eine egalitäre Einkommensverteilung und eine Übertragung der Eigentumsrechte von den selbständig wirtschaftenden Produktionsgruppen auf die übergeordnete Ebene der Volkskommune (die chinesische Volkskommune besteht aus etlichen Produktionsbrigaden, die wiederum in einzelne Produktionsgruppen untergliedert sind). Dadurch wurden die Arbeitsmotivationen der Bauern völlig außer Kraft gesetzt;
- während von der „Viererbande“ Ausländerhaß ebenso wie Intellektuellenfeindlichkeit geschürt wurde, ergab sich daraus als konkrete Konsequenz eine außenwirtschaftliche Abkapselung und eine totale Inkompetenz in der Binnenwirtschaft: beides fügte freilich der chinesischen Wirtschaft Schaden zu.

Daß unter derartigen Zuständen, die mir in vielen Direktgesprächen mit ehemaligen Leidtragenden bestätigt wurden, sowohl die betroffenen Intellektuellen selbst, letztlich aber auch die Massen der arbeitenden Bevölkerung auf dem Land und in den Städten wenig Lust zu Partizipation verspürten, zumal die materielle Unterversorgung keineswegs überwunden werden konnte, liegt auf der Hand. Auf einem anderen Blatt steht ein weiterer in Publikationen immer wieder auftau-

chender Kritikpunkt, nämlich die Klage, man habe während der Kulturrevolution „die Führung der Kommunistischen Partei“ in Frage gestellt. Ob diese Aussage der damaligen Lage entspricht oder nicht: hier wird am Leninschen Dogma der führenden Rolle der KP, die auch ein Garant für „sozialistische Demokratie“ sein müsse, festgehalten.

Neben der allgemeinen Diskussion über die politischen Rahmenbedingungen, die einer Entscheidungsteilhabe in den Betrieben zuwiderliefen, findet man auch da und dort Hinweise auf die basisdemokratischen Institutionen, die in der Kulturrevolution errichtet worden waren¹². So heißt es zu den Revolutionskomitees, diese hätten den Leistungsanforderungen nicht genügt, eine klare Arbeitsteilung zwischen den allzu zahlreichen Mitgliedern wäre nicht vorgenommen worden und schließlich habe eine allgemeine Verantwortungslosigkeit vorgeherrschet. Um die Fehlentwicklungen der sogenannten „Dreierverbindungen“ aufzuzeigen, wird das absurde Beispiel einer Ärzte-Krankenschwester-Dienstpersonal-Verbindung aufgeführt. Unter der Parole der Aufhebung des Unterschiedes von Hand- und Kopfarbeit mußten Ärzte ebenso Hilfsarbeit vornehmen wie Operationen vom Hilfspersonal durchgeführt wurden. Man könne sich vorstellen, was dies für die Patienten bedeutet habe.

Zu Punkt (3): man kann davon ausgehen, daß Partizipation einerseits als Ziel per se i. S. der Selbstverwirklichung der arbeitenden Menschen verstanden wird, andererseits als Mittel zum Zweck interpretiert wird,

Tabelle 1

Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft (1949–1974)

	Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate in %					
	1949– 1952	1953– 1957	1958– 1961	1962– 1965	1966– 1969	1970– 1974
Bruttosozialprodukt	19	7	–3	13	4	7
Bevölkerung	1,9	2,4	2,0	1,8	2,3	2,4 (1,6*)
Bruttosozialprodukt je Einwohner	17	5	–5	11	2	5
Industrielle Bruttoproduktion	34	16	2	16,5	7	10
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	15	4	–6	10	1	4

Quelle: JEC, 1975, S. 23; S. 77

1949–1952 Rekonstruktionsperiode nach der Gründung der VR China

1953–1957 Erster Fünfjahrplan

1958–1961 „Großer Sprung“ (1958–1960) und das Folgejahr

1962–1965 Konsolidierungsphase

1966–1969 Kulturrevolution

1970–1974 Periode nach der Kulturrevolution

Zitiert nach Kosta J., Meyer, J., 290

nämlich als ein motivationaler Ersatz für materielle Leistungsanreize, die zu günstigen wirtschaftlichen Resultaten führen. Nun sollte zwar gemäß der maoistischen „Massenlinie“ die Politik das Primat vor der Ökonomie, die Produktionsverhältnisse den Vorrang vor den Produktivkräften genießen. Erwartet wurde allerdings gleichzeitig, daß das politische Bewußtsein, das es in der Sicht der Maoisten zu fördern galt, eine erfolgreiche Entfaltung der Produktivkräfte nach sich ziehen würde.

Selbst wenn in der Periode der Kulturrevolution nicht mehr derart überzogene Wachstumsziele anvisiert worden waren wie während des Großen Sprungs nach vorne – genaue Informationen über die Höhe der geplanten Wachstumsraten in den Jahren 1966–1976 liegen nicht vor –, so kann angenommen werden, daß man in etwa mit der Beibehaltung des in der Konsolidierungsphase eingeschlagenen Entwicklungstempos seitens der politischen Führung Chinas rechnete. Wie die folgenden Tabellen zeigen, sah die Realität allerdings anders aus.

Nach Schätzungen amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler (Tab. 1), die um die Mitte der siebziger Jahre aufgrund zugegebenermaßen damals noch spärlicher offizieller Statistiken Chinas vorgenommen worden waren, erfuhr der ansehnliche Wachstumspfad der chinesischen Wirtschaft während des Großen Sprungs (in der vorliegenden Tabelle 1 wird 1961 aufgrund der Folgewirkungen der 1960 abgebrochenen Sprungstrategie mit einbezogen) einen erheblichen Einbruch (mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des BSP von –3 Prozent für die Jahre 1958–1961). Auch in der ersten Phase der Kulturrevolution lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate mit 4 Prozent unter dem langfristigen Durchschnitt. Bezieht man das erhebliche Bevölkerungswachstum mit ein, dann liegen die Pro-Kopf-Raten noch etwas niedriger. Insbesondere die Agrarproduktion war von der ideologischen Überforderung der Kommunebauern während des Großen Sprungs überfordert (es ist schwer auszumachen, ob die stagnierende Agrarproduktion während der Kulturrevolution ebenfalls auf ultralinke Fehlstrategien zurückzuführen ist).

In Tabelle 2 stütze ich mich auf die zum Ende der siebziger Jahre wiederaufgenommene offizielle Statistik, die etwa 2 Jahrzehnte nicht zur Verfügung stand. Da mir allerdings immer noch nicht hinreichende lückenlose Zeitreihen von 1952 bis zur Gegenwart zur Verfügung stehen, mußte ich mich bei der Zusammenstellung auf die wichtigsten Trendberechnungen beschränken, wobei ich Berechnungen des DIW (Berlin/West) sowie westliche Schätzungen (vgl. die Arbeit von Kosta/Meyer von 1976) hinzuzog. Insofern sind die einzelnen Daten mit Vorbehalt zu interpretieren, wobei allerdings spätere Korrekturen aufgrund zu erwartender weiterer chinesischer Statistiken die jetzigen Aussagen grundsätzlich kaum in Frage stellen werden.

Es zeigt sich, daß die Entwicklungstendenzen der chinesischen Volkswirtschaft während des ersten Fünfjahrplanes (1953–1957), während der frühen sechziger Jahre (1961–1965) und nach 1976 sehr viel günstiger verliefen als während des Großen Sprungs (1958–1960; das

Tabelle 2

Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft (1952–1981)

	Jahresdurchschnittliches Wachstum – in Prozent – Jährliches Wachstum									
	1952– 1957	1958– 1961	1961– 1965	1965– 1975	1976/ 1977	1977/ 1978	1978/ 1979	1979/ 1980	1980/ 1981	1981/ 1982
Nationalprodukt ¹	8,9	.	.	6,1	8,0	12,0	7,0	6,9	3,0	7,4
Industrie ²	18,0	–2,2	8,2	10,4	14,3	13,5	8,5	8,7	4,1	7,7
darunter:										
Leichtindustrie ²	12,9	–4,8	13,0	8,0	14,3	10,8	1,4	1,4	14,1	5,7
Schwerindustrie ²	25,4	–0,1	4,1	10,7	14,3	15,6	8,7	8,7	–4,7	9,9
Landwirtschaft ²	3,6	–6,3	10,3	2,4 ³	0	8,9	2,7	2,7	5,7	11,2

1 Produziertes Nationaleinkommen; 2 Bruttonproduktion; 3 1964–1974

Quellen: Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981; DIW-Berichte 30/80, 35/81, 32/82; J. Kosta, J. Meyer, a. a. O., S. 289

Planerfüllungsbericht vom 29. 4. 1983, in: Beijing-Rundschau 20/1983, Anlage

Jahr 1961 wird hinzugezogen, da die damaligen Resultate als Nachwirkung der Sprung-Strategie betrachtet werden können) sowie der Periode der Kulturrevolution (1966–1976). Diese Aussage bezieht sich zum einen auf das Wachstumstempo generell, zum anderen auf die unterschiedlichen Wachstumsraten von Schwer- bzw. Leichtindustrie und Landwirtschaft.

Fassen wir die für beide Tabellen getroffenen Aussagen zusammen und bewerten wir sie im Kontext der intendierten Wirkung von „Massenbeteiligung“ auf die „Produktivkräfteentwicklung“, dann führten die ursprünglichen Intentionen nicht zu den beabsichtigten Erfolgen. Entweder gab es eine reale Partizipation, von der andere Impulse ausgingen als erwartet wurde: Etwa anstelle günstiger Produktionsresultate wurden bessere Arbeitsbedingungen anvisiert; oder: Die reale Teilhabe an Entscheidungen blieb aus. Ich vermute, daß der zweite Fall zutrifft. Dies würde die in den Punkten (1) und (2) formulierten Aussagen bestätigen. Wenn hier ein vorläufiges Fazit formuliert werden soll, dann scheinen mir folgende Ursachen für die Kluft zwischen Absicht und Wirklichkeit vorzuliegen.

Erstens: Die niedrige *Stufe* der wirtschaftlichen Entwicklung, die durch eine zahlenmäßig schwache und sozialpolitisch unerfahrene *Arbeiterschaft* geprägt ist.

Zweitens: Das damit zusammenhängende niedrige *kulturelle Niveau* des Landes, in dem Elementar- und Allgemeinbildung sowie fachliche Qualifikation im besten Fall Attribut der Mittelschichten, jedoch keineswegs der arbeitenden „Massen“ ist.

Drittens: Ein hochzentralisiertes *Planungssystem*, das den Basiseinheiten (abgesehen von der geforderten Überfüllung der Planaufgaben) von vornherein nur wenig Spielräume für Entscheidungen freiläßt.

Viertens: Eine vertikal-hierarchisch gegliederte *Leistungsstruktur*, deren Zerschlagung von den Linken zwar verbal gefordert wurde, gleichzeitig jedoch von diesen sowie ihren Gegnern der Kontrolle eines zentralistisch aufgebauten Parteiapparates unterworfen wurde und wird.

Fünftens: Eine Überbewertung der solidarisch-ideellen *Arbeitsmotivationen* – dies gilt allerdings nur für die Perioden, in denen die Maoisten das Sagen hatten – zu Lasten der individuell-materiellen Arbeitsanreize, ein Umstand, der sich unter den Bedingungen der allgemeinen Knappheit generell demotivierend auswirkt.

Um diese fünf Erklärungsansätze zu überprüfen, sollen im folgenden Abschnitt partizipative Ansätze in zwei anderen Ländern, in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei (1968), verglichen werden.

2. Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung und das partizipative Konzept des Prager Frühlings von 1968 – ein Vergleich

Ich habe an anderer Stelle versucht, die partizipativen Ansätze der Jugoslawen, die bereits drei Jahrzehnte praktiziert werden, mit den

kurzlebigen Demokratisierungsversuchen der tschechoslowakischen Reformer von 1965/68 vergleichend zu untersuchen¹³. In diesem Beitrag sollen lediglich diejenigen Teile meiner seinerzeitigen Ausführungen skizzenhaft herausgegriffen werden, die sich auf die fünf Begründungen beziehen, die im vorhergehenden Abschnitt zu der fehlenden Partizipation in China formuliert worden sind.

(1) Zum *ökonomischen Entwicklungsgrad*: Jugoslawien und die Tschechoslowakei waren 1945 zwei Länder, deren industrieller Reifegrad sich voneinander unterschied. Im Falle Jugoslawiens ging es um ein vorwiegend agrarisch geprägtes Land mit einem erheblichen Entwicklungsgefälle, in dem die Zahl der lediglich im Norden vorhandenen Industriearbeiter sehr gering war. Anders in der Tschechoslowakei: hier gab es insbesondere in den westlichen Regionen eine hochentwickelte Industriegesellschaft mit einer traditionsreichen, politisch erfahrenen Arbeiterklasse. Daraus resultierten unterschiedliche Chancen für partizipative Ansätze. Obwohl die politische Führung Jugoslawiens in den frühen fünfziger Jahren das Konzept einer Arbeiterselbstverwaltung institutionell abzusichern bemüht war, stieß doch die praktische Realisierung immer wieder auf Barrieren, die u. a. auf das Fehlen einer industriellen Tradition zurückzuführen sind.

Die tschechoslowakische Nachkriegsentwicklung war anfangs durch spontan entstandene Partizipationsansätze in vielen Industriebetrieben gekennzeichnet. Die Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells verhinderte jedoch in den fünfziger Jahren jedweden Demokratisierungsansatz im öffentlichen Leben sowie in der Wirtschaft. Umso stärker kam in der letzten Phase des Prager Frühlings, kurz vor und nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen vom August 1968, der Demokratisierungsprozeß in Form der Werktagenräte in den Fabriken voll zum Zuge.

(2) Zum *kulturellen Niveau*: Entsprechend dem wirtschaftlichen Reifegrad war auch das allgemeine und fachliche Bildungsniveau der Bevölkerung in Jugoslawien weit niedriger als in der Tschechoslowakei. Dies dürfte eine der Ursachen gewesen sein, die begründet, warum die jugoslawischen Arbeiter ihre in der Verfassung und den entsprechenden Gesetzen weitgefaßten Entscheidungsspielräume sehr viel weniger nutzen als die Manager und Technokraten.

Die tschechoslowakischen Reformer von 1968 gingen von dem Grundsatz aus, daß in einer hoch komplexen Industriewirtschaft Sachkompetenz und Fachkenntnisse durch Selbstverwaltungsorgane nicht voll ersetzt werden können. Deshalb entsprach das dortige Partizipationskonzept einer gleichgewichtigeren Kompetenzverteilung zwischen Werktagenrat und Management. Während dem Kollektivorgan (Werktagenrat) Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen wie der Benennung und Abberufung der Direktoren, der Mitentscheidung über langfristige Investitions- und Produktionspläne, der Beurteilung der Jahresbilanz sowie der Verwendung der wirtschaftlichen Ergebnisse vorbehalten waren, so wurden dem Direktor verhältnismäßig weitgefaßte Kompetenzen auf dem Gebiet der operativen Betriebsführung

und der Unternehmenspolitik zugestanden. Die Erfahrungen, die man in dem kurzen Zeitraum, in dem das Konzept verwirklicht war, machte, deuteten nicht nur auf die Tragfähigkeit der Prinzipien hin, sondern sie zeigten gewisse Tendenzen von einer bloßen Mitbestimmung zu einer weitgehenden Arbeiterselbstverwaltung an.

(3) Zum Einfluß des *Planungssystems*: Während in Jugoslawien das zentral-administrative Planungssystem sowjetischen Typs nur bis etwa 1950 praktiziert wurde, mußten die tschechoslowakischen Arbeiter und Angestellten mit dieser Wirtschaftsordnung beinahe zwei Jahrzehnte (1948–1966) leben, ehe sich eine (letztlich jedoch nur kurzlebige) Dezentralisierung des Wirtschaftssystems anbahnte. Den Jugoslawen ist das Verdienst zuzuschreiben, innerhalb der sozialistischen Bewegung zum ersten Mal mit dem Vorurteil gebrochen zu haben, Marktmechanismus und Sozialismus seien miteinander nicht vereinbar. Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung ist in diesem Land der Beweis erbracht worden, daß *erst eine Dezentralisierung der Planung die notwendige Voraussetzung zu einer Demokratisierung der Entscheidungen liefert*.

Die tschechoslowakischen Erfahrungen mit den Dezentralisierungsansätzen von 1965, die zunächst technokratischen Charakter trugen, weisen auf einen weiteren Aspekt des Zusammenhangs von Zentralisierungsgrad der Planung und Partizipation an Entscheidungen hin. Erreicht eine Wirtschaftsreform, die eine *Dezentralisierung der Lenkung* auf der Grundlage eingebauter Marktmechanismen anvisiert, eine gewisse Grenze, dann *erzwingt ihre konsequente Weiterführung eine Demokratisierung der Entscheidungen*. So war es nur logisch, daß das zunächst technokratisch konzipierte Reformmodell von 1965 nach einiger Zeit, im Frühling 1968, durch die bekannten Demokratisierungselemente ergänzt wurde.

(4) Zum Verhältnis von *Partei und partizipativen Institutionen*: Einer der Gründe, warum m. E. in Jugoslawien die basisdemokratischen Entscheidungsreformen da und dort unterlaufen werden, liegt an der im politischen System verankerten führenden Position des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ). Obwohl der Eigendarstellung entsprechend der Bund eher als ideologisch führende Kraft, die sich in Fragen der ökonomischen Entscheidungen nicht einmengen soll, interpretiert wird, trifft dies wohl in der Praxis nicht zu. Ob es um Entscheidungen bei der Kaderauslese oder auf dem Gebiet der Investitionen geht: häufig sind es nicht die Selbstverwaltungsorgane, die hier die Alleinentscheidung treffen. Es läßt sich wohl kaum in einem Einparteiensystem (dies gilt freilich auch dann, wenn formell weitere „eigenständige“ Parteien bestehen) vermeiden, daß sich eine Tendenz zur Monopolisierung der Machtbefugnisse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens durchsetzt.

Im Prager Frühling von 1968 ging der radikale Flügel der Reformer weiter: Es gab zumindest Ansätze zu einem „sozialistischen Pluralismus“, der in der Verselbständigung der bisher abhängigen Parteien, der stärker werdenden Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowie anderer

gesellschaftlicher Gruppen postuliert wurde und in Ansätzen auch praktisch zum Ausdruck kam. Allerdings ist einzuräumen, daß auch in der Tschechoslowakei vor der gewaltsamen Niederschlagung der Reform diese Schlüsselfrage einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption, die sich unabhängig von der Position der Kommunistischen Partei entwickeln sollte, keineswegs endgültig gelöst worden war.

(5) Zur Rolle der materiellen *Leistungsanreize*: In beiden partizipativen Konzeptionen wurde zwar den Erwerbsanreizen eine erhebliche Bedeutung beigemessen; dennoch gab es in der institutionellen Konstruktion der Einkommensverteilung, die die Arbeitsmotivationen maßgeblich prägt, wesentliche Unterschiede. Während die jugoslawischen Arbeiter in den Industriebetrieben ertragsabhängig entlohnt werden, und unter den Bedingungen der Marktmechanismen folglich für gleiche individuelle Arbeit unterschiedliche Einkommen beziehen, entschieden sich die Prager Reformer für eine Kombination von tariflichen Grundlöhnen (ca. 85 bis 90 Prozent) und ertragsabhängigen Anteilsprämien (die restlichen 10 bis 15 Prozent des gesamten Arbeitsinkommens). Die jugoslawische Konstruktion der Einkommensverteilung basiert auf Leistungsanreizen und ist – ein funktionierender Marktmechanismus vorausgesetzt – streng effizienzorientiert; das tschechoslowakische Konzept stellte auf einen Kompromiß zwischen Leistungsanreiz und sozialem Ausgleich ab.

Während beide Motivationsformen im Vergleich zum sowjetischen System m. E. bessere Chancen für eine Entscheidungspartizipation der Betriebsangehörigen schaffen, so scheint mir die tschechoslowakische Lösung, derzufolge dem traditionell sozialistischen Prinzip „für gleiche (individuelle) Arbeit gleicher (individueller) Lohn“ Rechnung getragen wird, eher zu entsprechen.

Der Zweiländervergleich der Partizipationsformen bestätigt, wie mir scheint, die entsprechenden Aussagen zu möglichen Ursachen für das *Auseinanderfallen von intendierter und realisierter Partizipation*, wie sie für China im vorangehenden Abschnitt formuliert worden war.

3. Entscheidungspartizipation im Realsozialismus: Grenzen und Chancen

Aus den bisherigen Aussagen lassen sich zunächst einige Thesen über die *Grenzen* einer Teilhabe der Erwerbstätigen an Entscheidungen in sozialistischen Wirtschaftssystemen ableiten. Im Hinblick auf die hier referierten eher negativen Erfahrungen zeichnen sich die Spielräume ab, innerhalb derer v. a. in Industriebetrieben reale Partizipation möglich ist, deren übermäßige Ausweitung jedoch die Beteiligung an Entscheidungen verhindert.

So beeinträchtigt zunächst ein niedriges ökonomisches und kulturelles *Entwicklungsniveau* die partizipative Kapazität der Betriebskollektive. Jedoch selbst wenn ein höherer Grad der industriellen Entwicklung erreicht worden ist, so gilt der folgende Zusammenhang: je

komplizierter und technologisch anspruchsvoller die hier praktizierten Produktionsverfahren sind, desto begrenzter werden auch die realen Entscheidungsmöglichkeiten der Belegschaft sein. Eine Kompetenzverteilung zwischen dem basisdemokratischen Belegschaftsorgan, das sich auf Grundsatzfragen konzentrieren sollte, und auf das Management, dem sachkompetente Alltagsentscheidungen vorbehalten wären, scheint daher (wie das Reformmodell des Prager Frühlings andeutet) in modernen Betrieben zweckmäßig zu sein.

Ein hoher *Zentralisierungsgrad* der Planung und Leitung setzt ebenfalls gewisse Schranken für eine wirksame Selbst- bzw. Mitbestimmung. Dies wird in Planungssystemen sowjetischen Typs besonders deutlich, da hier die einzelnen Wirtschaftssubjekte – die Konsumenten, die Erwerbstätigen, die Unternehmungen – in eine Zwangsjacke von Zuteilungen, Anweisungen und Auflagen eingepreßt sind, die nur geringe Entscheidungsspielräume freilassen. Übergeordnete Planungs- und Leitungsinstanzen sowie das allumfassende Herrschaftsmonopol des Parteiapparates bilden das Haupthindernis für eine wirksame reale Partizipation.

Altruistisches *Gemeinschaftsbewußtsein* kann in der traditionellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leninistisch-stalinistischen Musters trotz aller Bemühungen der Parteiführung, der das gesamte Bildungswesen und die Massenorganisationen zur Verfügung stehen, nur in *begrenztem Maße* zur Wirkung gelangen. Dieser Mißerfolg ist durch mehrere Faktoren bedingt: durch die zentralisierte Verfügungsgewalt des Funktionärapparates in allen gesellschaftlichen Bereichen; durch fehlende Leistungsanreize, die mehrfach begründet sind: die Planungsinstrumente setzen falsche Signale („Planerfüllungsprinzip“); bei einem allgemeinen Trend zur egalitären Einkommensverteilung werden bestimmte Funktionärgruppen privilegiert; dem erworbenen Lohn entspricht nicht das verfügbare Angebot an Konsumgütern.

Man kann die thesenartigen Überlegungen zu den Grenzen der Partizipation auf den folgenden gemeinsamen Nenner bringen: Wenn die arbeitenden Menschen, denen Partizipationsbereiche übertragen werden, überfordert sind – sei es infolge ihrer unzureichenden Sachkompetenz, sei es wegen der allzu ehrgeizigen vorgegebenen Planziele, sei es im Hinblick auf das fehlende Gleichgewicht von materiellen und ideellen Arbeitsmotivationen –, dann führen selbst die hehrsten Absichten einer Entscheidungsteilhabe keineswegs zu den erwünschten Resultaten.

Bedeutet nun dieses „pessimistisch“ anmutende Bild über die verschiedensten Hindernisse der Entscheidungspartizipation im Realsozialismus, daß es keine Chancen gibt, die Arbeitenden an den Entscheidungen zu beteiligen? Keineswegs.

Die negativen Erfahrungen deuten bereits z. T. auf Möglichkeiten hin, wie eine Demokratisierung der Entscheidungen in Gang gesetzt und realisiert werden kann. Folgende Wege markieren die *Partizipationschancen* in den realsozialistischen Ländern.

1. *Eine radikale Dezentralisierung des traditionellen Planungssy-*

stems. Dadurch werden Optionen für eine reale Partizipation aus mehreren Gründen eröffnet. Zunächst werden auf diese Weise mehr Personen an den Entscheidungsprozessen beteiligt als bisher. Ferner verläuft die Willens- und Entscheidungsbildung basisnäher als zuvor. Weiters wird die gesamte Entscheidungsfindung für die Betriebsangehörigen im Vergleich zur früheren Situation transparenter und last not least wird die Einmischung der politischen Apparate in ökonomische Entscheidungen tendenziell verdrängt. Infolge der Wechselwirkung des ökonomischen und des politischen Systems wächst der allgemeine Reformdruck, der unter günstigen Bedingungen – wie die Beispiele der Tschechoslowakei 1968 und Polens 1980–81 gezeigt haben – die Forderung nach partizipativen Lösungen in den Betrieben auf die Tagesordnung bringt.

2. *Die Förderung des ökonomischen und kulturellen Entwicklungsprozesses.* Die Anhebung des allgemeinen sowie fachlichen Bildungsniveaus weckt Erwartungen und Forderungen nach mehr Mitsprache und Selbstverwirklichung im Beruf, am Arbeitsplatz und im Betrieb. Dieses sukzessive Mündigwerden der Bevölkerung in den realsozialistischen Ländern dürfte durch die zunehmenden Kontakte mit dem Ausland – eine Folge der notwendigen Verstärkung außenwirtschaftlicher Beziehungen, der Einwirkung von modernen Kommunikationsmitteln, Reiseverkehr, Massenmedien etc. – ebenfalls den Druck verstärken, der langfristig die Perspektive einer Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet.

3. *Eine radikale Dezentralisierung in der Landwirtschaft.* Es ist kein Zufall, daß im Agrarsektor Chinas die partizipativen Entscheidungsformen am weitesten gediehen sind. Die praktizierten Organisationsprinzipien der sowjetischen Agrarwirtschaft (der hohe Zentralisierungsgrad, der Vorrang des Großbetriebs, das unzureichende Anreizsystem der Kolchosen, die Bevormundung durch die politischen Apparate) haben ebenso wie die zeitweilige ultralinke Strategie der Maoisten in den chinesischen Volkskommunen (der Egalitarismus, die Abschaffung der Hoflandproduktion, die Kollektivierung der individuellen Konsum- und Lebensgewohnheiten der Bauern) gezeigt, daß Mißachtung der realen Partizipationsbedingungen, nicht nur die Motivationen für eine Teilhabe an Entscheidungen außer Kraft setzt, sondern darüber hinaus verheerende Produktionsresultate nach sich zieht. Die traditionelle Verbundenheit des Landwirtes mit seiner Arbeit, die Organisationen in relativ kleinen überschaubaren Einheiten, die Entfernung der Agrarbetriebe von den politischen Zentren in den Städten – all das kann unter günstigen Voraussetzungen, wie sie insbesondere in der letzten Zeit in China und übrigens auch in Ungarn – geschaffen worden sind, zu einer realen Entscheidungspartizipation führen.

Anmerkungen

- 1 Marx, S. 92
- 2 Rogemann, 1970, S. 9 ff.
- 3 Vgl. z. B. Conert, 1972
- 4 Kuntze, 1970
- 5 In meinen weiteren Ausführungen der historischen Skizze (bis 1976) stütze ich mich v. a. auf folgende Quellen: Kosta, 1982a, S. 353–369; Kosta, 1976; Kraus, 1979; Menzel, 1978a, 1978b; Meyer, 1980; Franke, 1974
- 6 Robinson, 1975
- 7 Bettelheim, 1974
- 8 Galbraith, 1973
- 9 Höhmann, 1974
- 10 Ebda.
- 11 Yu Guangyuan, 1981; Su Shaozhi, 1981; Peking Rundschau 37/1978, S. 11 ff.; Beijing Rundschau 6/1980, S. 24 ff.; Beijing Rundschau, S. 27, S. 19 ff.
- 12 Peking Rundschau, S. 37/1978, S. 38/1978, S. 42/1978
- 13 Kosta, 1974, Kosta, 1978c; Lemán, 1976

Literaturverzeichnis:

- Bettelheim, Charles (1974), *China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz*, München
- Conert, Hans-Georg (1972), *Wohin treibt Jugoslawien*, links – Offenbach, Hefte 4, 5 und 6/1972
- Franke, Wolfgang (Hrsg.) (1974), *China Handbuch*, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, insbesondere die Stichworte „Volksrepublik ab 1949“, „Wirtschaftsgeschichte“, „Wirtschaftsordnung“, „Wirtschaftsplanung“, „Wirtschaftspolitik“, „Wirtschaftsverwaltung“
- Galbraith, John Kenneth (1973), *China. Impressionen einer Reise*, München – Zürich
- Höhmann, Hans-Hermann, Kosta, Jiří, Meyer, Jan (1974), *China 1974. Reiseprotokolle zu Wirtschaft und Gesellschaft der Volksrepublik*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. – Köln
- Kosta, Jiří (1974), *Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis*. Westdeutscher Verlag, Opladen
- Kosta, Jiří (1978), *Für eine demokratische Alternative zu den „realsozialistischen“ Wirtschaftssystemen*, in: Huber, Joseph, Kosta, Jiří (Hrsg.), *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. – Köln
- Kuntze, Peter (1970), *Der Osten ist rot. Kulturrevolution in China*, München
- Lemán, Eindrán (1976), *Das jugoslawische Modell*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. – Köln
- Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW, Band 23 (Hrsg.: Institut für Marxismus – Leninismus beim ZK SED), Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1972.
- Menzel, Ulrich (1978a), *Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells*, Opladen
- Menzel, Ulrich (1978b), *Wirtschaft und Politik im modernen China* (Kurzfassung der vorangehenden Quelle), Westdeutscher Verlag, Opladen
- Meyer, Jan (1980), *Partizipation im Wirtschaftssystem der VR China*, in: H.-H. Höhmann (Hrsg.), *Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und in der VR China*, Kohlhammer Verlag, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1980, S. 207–279
- Robinson, John (1975), *Economic Management in China 1972*, London

- Roggemann, Herwig (1970), *Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.
- Su, Shaozhi (1981), *Economic Development and Democratization*, Selected writings on studies of marxism, Institute of Marxism-Leninism-Mao Zedong Thought, Chinese Academy of Social Sciences, No. 8
- Yu, Cheung-Lieh (1982), *Über die Reform des Wirtschaftsverwaltungssystems und der Betriebsführung seit 1978 in der VR China*, in Park., Sung-Jo und Yu, Cheung-Lieh (Hrsg.), a. a. O. S. 21-46
- Yu, Guangyuan (u. a.) (1981), *Resolution on Chinese Communist Party History (1949-81)*, Selected writings, No. 14
- Peking Rundschau, Jg. 1978, Beijing Rundschau, Jg. 1979-1982 (Wochenzeitschriften)